

**Gemeinsame Erklärung  
des Justizministeriums Mecklenburg-Vorpommern sowie  
der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland  
zu Artikel 13 Absatz 2 des Vertrages zwischen  
dem Land Mecklenburg-Vorpommern und der  
Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs  
und der Pommerschen Evangelischen Kirche  
vom 20. Januar 1994 (Güstrower Vertrag)**

Vom 11. Mai 2020

(KABl. S. 238)

Im Hinblick auf den im Güstrower Vertrag genannten Ausgangsbetrag von 7 000 000 DM (entspricht 3 579 043 Euro) haben die Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland in der Rechtsnachfolge der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs und der Pommerschen Evangelischen Kirche und das Land Mecklenburg-Vorpommern gemäß Artikel 13 Absatz 2 Satz 3 und 4 des Güstrower Vertrages nach Maßgabe der vertraglich festgelegten Verhandlungskriterien diesen Betrag überprüft. Er wird durch das Land Mecklenburg-Vorpommern seit 1994 jährlich pauschal zur Abgeltung kirchlicher Ansprüche für die Baulasten solcher kirchlicher Gebäude, die ehemals dem Patronat unterstanden hatten, gezahlt. Unter Berücksichtigung des Bedarfs auf Seiten der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland und der Haushaltslage des Landes Mecklenburg-Vorpommern kommen die Vertragspartner überein:

Das Land Mecklenburg-Vorpommern zahlt gemäß Artikel 13 Absatz 2 Satz 1 Güstrower Vertrag für die Jahre 2020 bis 2024 einen jährlichen Betrag in Höhe von 3.579.000,00 Euro gleich 17.895.000,00 Euro (siebzehn Millionen achthundertfünfundneunzigtausend Euro).

Schwerin, 11. Mai 2020

Für das Land  
Mecklenburg-Vorpommern

Katy Hoffmeister  
Justizministerin

Für die Evangelisch-Lutherische  
Kirche in Norddeutschland

Kristina Kühnbaum-Schmidt  
Landesbischöfin

Tilman Jeremias  
Bischof im Sprengel  
Mecklenburg und Pommern